



# Urteil des Verwaltungsgerichts gibt Klägern Recht:

## Flugbewegungen auf Findel müssen bis zur Erteilung einer neuen Betriebsgenehmigung eingefroren werden!

Das Verwaltungsgericht hat rezent in einem Urteil in Sachen Flughafen-ausbau den Klägern, d.h. betroffenen Bürgern, Interessenvereinen und Mouvement Ecologique erneut Recht gegeben.

Wiederum ein Erfolg von Bürgern, Interessenvereinen und Mouvement Ecologique, die keineswegs "gegen den Flughafen" sind, wie manchmal unterstellt wird, sondern sich lediglich für gute Auflagen im Sinne von Mensch und Umwelt einsetzen, so wie es das Gesetz vorschreibt.

Das Flughafenareal verfügt in der Tat noch immer nicht über eine gültige Betriebsgenehmigung, obschon nunmehr seit Jahren darüber diskutiert wird. Rechtsverbindliche Auflagen zum Schutz von Mensch und Umwelt, Lärmbegrenzungen, Vorgaben zur Flugsicherheit, Regelungen betreffend den Wasserschutz ...sind derzeit nicht in der erforderlichen Form für den Flughafen vorhanden.

Dies - nicht mehr und nicht weniger (!) - klagen seit Jahren betroffene Bürger, Mouvement Ecologique und Interessenvereine ein.

Die Regierung versuchte jedoch immer wieder, den Ausbau des Flughafens ohne Bereinigung der illegalen Situation voranzutreiben und erhielt nunmehr vom Verwaltungsgericht einen erneuten Dämpfer. Das Verwaltungsgericht entschied in der Tat, dass der geplante Ausbau der

Aérogare kein Freischein für eine weitere Steigerung der Flugbewegungen sein darf (im entsprechenden Gesetzesprojekt wurde eine solche Steigerung immer wieder angeführt). Auch die von Staatssekretär Eugène Berger festgelegte Begrenzung auf 63.000 Flugbewegungen jährlich wurde nicht vom Verwaltungsgericht akzeptiert, da nicht objektiv nachvollziehbar sei, ob diese Anzahl auch den heutigen Fakten entspricht.

### Das Verwaltungsgericht verfügte, dass

- eine unabhängige Instanz, die "Organisation internationale de l'aviation civile", die Anzahl der Flugbewegungen zwischen dem 1. Juli 2003 und dem 30. Juni 2004 feststellen soll;
- keine Überschreitung der in dieser Zeitspanne

festgestellten Flugbewegungen zulässig ist, was de facto einem Moratorium in punkto Anzahl der Flugbewegungen gleichkommt,

- dies bis (endlich) eine neue Betriebsgenehmigung für das gesamte Flughafenareal vorliegt.

Somit haben Interessenvereine, Bürger und Mouvement Ecologique ihr Ziel erreicht: das Verwaltungsgericht zwingt (erneut) die Regierung, endlich die rechtliche Situation des Flughafenareals der Luxemburger bzw. europäischen Gesetzgebung anzupassen und somit auch rechtsverbindliche Maßnahmen für den Schutz von Mensch und Umwelt zu treffen.

Es bleibt zu hoffen, dass nicht wiederum versucht wird, dieses Urteil zu umgehen oder zu

ignorieren, sondern dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Falls es in der Tat "afrikanische Zustände" auf Findel geben sollte (eine in vielerlei Hinsichten diskutable Einschätzung), so hat die bisherige Regierung selbst dafür die volle Verantwortung zu tragen, wie das rezente Urteil aufzeigt.

Während einer ganzen Legislaturperiode wurde versäumt, in einem offenen Dialog zwischen allen interessierten Parteien eine Abwägung zwischen transport-, wirtschafts- und umweltpolitischen Interessen herbeizuführen um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique und der Interessenvereine soll deshalb endlich Schluss sein mit den staatlichen Winkelzügen, dies im Interesse der Lebensqualität der Anwohner wie auch der Nutzer des Flughafens.

Wenn die neue Regierung es will, kann das leidige Dossier Flughafen Ende des Jahres ad acta gelegt werden: hierzu sind ein Konzept für die Raumnutzung (POS) sowie eine Betriebsgenehmigung für das gesamte Areal erforderlich.

Und etwas, was bis dato auch gefehlt hat: ein offener Dialog zwischen allen interessierten und betroffenen Parteien. Ein Dialog, der politisch gewollt und bewusst herbeigeführt werden muss.

*Mouvement Ecologique und seine Regionalen Contern-Sandweiler-Schütteringen sowie Stadt Luxemburg*

*Syndicat d'Intérêts Locaux Hamm-Polvermillen*

*Syndicat d'Initiative et d'Intérêts Locaux Cents-Fetschenhof*



## Mouvement Ecologique veröffentlicht Verkehrsstudie zur Nordstad

Vor über einem Jahr wurde eine von Seiten des Transport- bzw. Bautenministeriums in Auftrag gegebene Studie zur Mobilität in der Nordstad-Region fertiggestellt. Trotz mehrfacher, auch parlamentarischer Anfragen, wurde diese Studie bislang weder allen politisch Verantwortlichen in der Region noch sonstigen Interessierten zugänglich gemacht. Der Mouvement Ecologique ist im Besitz der Studie und stellt sie auf der homepage [www.oekozenler.lu](http://www.oekozenler.lu) jedem Interessierten zur Einsicht zur Verfügung.

In der Studie werden u.a. Verkehrszählungen an allen Ein- und Ausfahrten der Nordstad aufgeführt. Außerdem gibt die Arbeit Aufschluss über Quelle und Ziel der Verkehrsbewegungen.

Dies mit dem Ziel, Aussagen treffen zu können bezüglich Sinn (oder Unsinn) von Umgehungsstraßen bzw. den Möglichkeiten einer Reorganisation des Individualverkehrs und des öffentlichen Transportes innerhalb sowie zwischen den beiden Städten Diekirch und Ettelbrück.

Den Quellenhinweisen des IVL-Konzeptes nach zu urteilen, scheint die Studie auch nicht als Grundlage für das integrierte Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept gedient zu haben: eine Tatsache die, falls sie denn stimmen würde, als abwegig zu bezeichnen wäre...!

Ohne zu diesem Zeitpunkt eine Aussage zu der inhaltlichen Qualität der Studie treffen zu wollen, ist der Mouvement Ecologique der Meinung, dass Studien, die mit Steuergeldern finanziert wurden, allen Gemeinderäten und interessierten BürgerInnen zugänglich sein müssten.

Im Rahmen eines vom Mouvement Ecologique organisierten politischen Rundtischgespräches zum Thema Nordstad wurde die Geheimnistuerei des Bauten- bzw. Transportministeriums als völlig kontraproduktiv dargestellt: in der Tat könnte ein gemeinsames transportpolitisches Konzept eine Grundlage für eine stärkere Zusammenarbeit in der Nordstad darstellen. Dabei sei es, laut Aussagen anwesender Politiker, das Transportministerium, das eine (öffentliche) Vorstellung der Studie blockiere...

Aus diesen Überlegungen heraus veröffentlicht der Mouvement Ecologique die gesamte Studie auf seiner Internet-Homepage: [www.oekozenler.lu](http://www.oekozenler.lu) (aktuelles)



Zenter 10 Joer lre Fachbetrieb



Schoul Heischend 10 kWp/80m2

- Iwer 300 Solaranlagen am ganze Land
- Gratis Devis a Berechnung vum Gewinn
- Interessant Finanzierung

TOPSOLAR SA 5, L-8838 WAHL  
Tel 88 82 14 [www.topsolar.lu](http://www.topsolar.lu)

# Koalitionsverhandlungen: Wahlversprechen halten - konkrete Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung einschlagen!



erneut in einer Stellungnahme Position zu den wesentlichen Entscheidungen der nächsten Regierung sowie zur Regierungsbildung, die im folgenden veröffentlicht wird.

## Ressorterteilung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung

Es gilt im Rahmen der Koalitionsverhandlungen, so der Mouvement Ecologique, bei der Regierungsorganisation neue Wege zu gehen. So wie es auch bereits der Wirtschafts- und Sozialrat angemerkt hat, ist die bisherige Regierungsstruktur

den heutigen Anforderungen nicht mehr angepasst.

Auch aus der Sicht einer nachhaltigen Entwicklung drängt sich eine gewisse Ressort-Bündelung auf: so u.a. die Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums, das in Personalunion mit dem Transportministerium geleitet wird, um somit u.a. die Kompetenzen in der Zukunftsherausforderung schlechthin, dem Klimaschutz, zu bündeln. Alternativ wäre es eine Überlegung wert, ob nicht Umwelt und Wirtschaft in der Hand eines Ministers zusammengeschlagen werden sollten, damit auf

diesem Feld endlich ein Dialog und eine stärkere Verknüpfung ermöglicht wird. Des Weiteren wäre es - angesichts der bedeutungsvollen Entscheidungen, die im Bereich der Landesplanung anfallen - geboten, die Landesplanung aus dem Innenministerium herauszulösen. Dies weil eine Vermischung der klassischen Aufgaben des Innenministeriums als Genehmigungsbehörde für Gemeinden der Akzeptanz einer Landesplanung abträglich ist. Notwendig ist vielmehr die Schaffung eines Ministeriums für Urbanismus-, Dorfentwicklung und Wohnungsbau sowie die Ansiedlung der Koordinierung der Landesplanung auf der Ebene des Staatsministeriums.

Ebenso drängt sich die Schaffung eines Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf.

## Nägel mit Köpfen machen!

Darüberhinaus gilt es endlich Nägel mit Köpfen zu machen, und längst überfällige Projekte im Koalitionsabkommen festzuschreiben und kurzfristig umsetzen. Hierzu gehört vor allem der konsequente Ausbau des Schienennetzes, der Bau der modernen Stadtbahn, die Schaffung einer nutzerorientierten Mobilitätszentrale, die Umsetzung eines Altbausanierungsprogrammes, die Erstellung sektorieller Pläne (u.a. für geschützte Landschaften, Transport und Aktivitätszonen), die Aufwertung der Regionen durch die Schaffung eines Regionalfonds u.a. Ebenso müssen die zukünftigen Regierungsparteien, wie in einer Aussage an den Mouvement Ecologique versprochen, das Gesetzesprojekt betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes reformieren.

## Zukunftsherausforderungen aufgreifen!

Doch darüber hinaus müsste die Bereitschaft bestehen auch neue Zukunftsherausforderungen anzugehen, wozu vor allem die nachhaltige Steuerreform zählt. Es ist zwingend, endlich den Ressourcenverbrauch zu verteuern und den Faktor Arbeit zu entlasten. Doch auch dem effizienten Klimaschutz muss sich Luxemburg endlich konkreter stellen (CO<sub>2</sub>-Aktionsplan).

## Strukturierte Zukunftsdebatte gewährleisten

Nicht zuletzt aber muss die Regierung gewährleisten, dass die im Wahlkampf angesprochene Zukunftsdebatte auch tatsächlich stattfindet und jeder Interessierte auf diese oder jene Art daran teilnehmen kann. Eine Debatte kann sich nicht, wie es zur Zeit in Sachen IVL erfolgt, auf alleinige Informationsveranstaltungen begrenzen.

Neue Kommunikationsstrategien sind vielmehr angebracht, um eine strukturierte und kontradiktorische Diskussion - mit Hilfe einer qualifizierten Moderation - über die engen Grenzen der klassischen Politzscene hinaus führen zu können. Diese Debatte muss denn auch in aller Konsequenz auch die ausländischen Mitbürger miteinbeziehen.

Die Stellungnahmen des Mouvement Ecologique zu den Wahlen sowie seine Vorschläge finden Sie auf der homepage [www.oekozen.lu](http://www.oekozen.lu).

Vor den Wahlen hat der Mouvement Ecologique mehrfach seine Forderungen und Vorschläge für die nächste Legislaturperiode geäußert. Insofern liegen diese auf dem Tisch, sie wurden in mehreren Veröffentlichungen, Pressekonferenzen usw. dargelegt und sind weiterhin auf der homepage [www.oekozen.lu](http://www.oekozen.lu) einsehbar. Darüberhinaus bezog der Mouvement Ecologique aber nach den Wahlen

## Kurzstellungnahme des Mouvement Ecologique zur neuen Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Cattenom

# Problematische Cattenom-Genehmigung: die Belastungen der Mosel werden sich nicht verbessern!

Am 24. Juni 2004 wurde im französischen "Journal Officiel" die Neuerteilung der Genehmigung für die Entnahme von Wasser aus der Mosel und für Ableitungen aus dem Atomkraftwerk Cattenom veröffentlicht. Wie aber ist diese Genehmigung zu werten? In einer Pressemitteilung bezieht der Mouvement Ecologique Stellung.

Die neue Genehmigung schreibt vor, dass das Atomkraftwerk alle Vorkehrungen zu treffen hat, um den Wasserverbrauch sowie die Auswirkungen der Ableitungen auf Mensch und Umwelt unter Verwendung der besten verfügbaren und wirtschaftlich vertretbaren Technologie zu begrenzen.

Die französische Regierung gesteht mit dieser neuen Genehmigung dem Atomkraftwerk in Cattenom keine höheren Grenzwerte für Radio-

aktivität und Chemikalien zu. Der Genehmigungsbescheid hat somit in einigen wichtigen Punkten die Argumente der Atomkraftkritiker übernommen und die von der EDF beantragten erhöhten Einleitungen von Tritium, Hydrazin, Kupfer und Zink abgelehnt. So sollen beispielsweise die Tritium-Ableitungen bei den derzeitigen Brennelementen von 160 Tera Becquerel (TBq) auf 140 TBq abgesenkt werden.

Gewiss eine Ohrfeige für die Electricité de France, aber die neue Genehmigung beinhaltet wesentliche Schwachstellen.

Ganz entscheidend in dieser Genehmigung ist, dass die französische Regierung - ohne dies offen anzugeben - die Einführung einer neuen Reaktorführungstechnik (höher abbrennbare HTC-Brennelemente) eigentlich vorwegnimmt. Doch diese Technologie ist mit weitaus höheren Emissionen verbunden, als die derzeitige. Zu bemerken ist, dass in der neuen Genehmigung in

diesem Zusammenhang der Passus "wirtschaftlich vertretbare Technologie" eingeführt wird, welcher in diesem Zusammenhang bedeutet: höhere Belastungen aufgrund neuer Technologie.

In Kürze ist in Cattenom des Weiteren bei allen 4 Blöcken ein Brennelementwechsel erforderlich. Dies bedingt einen höheren Tritiumanfall. Hierfür wird der Jahreswert durch dreijährige Mittelwerte ersetzt. Damit wird EDF erlaubt, punktuell die Abgaben an radioaktivem Tritium wesentlich zu erhöhen, was wohl zu substanziiell höheren Emissionen führen wird.

Bleibt anzumerken: auch wenn die Grenzwerte z.T. - wenn auch aufgrund der angeführten Einschränkungen - herabgesetzt wurden, liegen sie ausserdem

noch immer weit über den z.B. in Deutschland gängigen Werten. STEMMT DAT ?

Ein weiteres Engagement im Dossier "Cattenom" ist demnach von Noten.

Das Mouvement Ecologique wird im Rahmen der Anti-Cattenom-Initiative den neuen Genehmigungsbescheid für das Atomkraftwerk in Cattenom einer eingehenden Analyse unterziehen.



# Entwurf eines sektoriellen Planes für Bauschuttdeponien: Sektorieller Plan: ja - aber in Einklang mit dem Gesetz

Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum "Plan directeur sectoriel" "décharges pour déchets inertes"

Nach dem Plan für GSM-Antennen erstellte nun das Innenministerium einen sogenannten sektoriellen Plan für Bauschutt. Eigentlich ist die Erstellung eines derartigen Planes, der ein für alle mal regeln soll, wo in Luxemburg Bauschuttdeponien gebaut werden sollen, begrüßenswert. Doch leider wird hier nicht die Chance genutzt - so wie es eigentlich vom Gesetz her gedacht war - endlich die Standorte für die Zukunft festzulegen. Vielmehr will sich die Regierung erneut einen Freischein für neue Deponien geben, die Gemeinden ihrer Kompetenzen enteignen, ohne die Karten auf den Tisch zu legen. Mag dies beim Thema Bauschutt evtl. noch erträglich sein, so wäre es verheerend, wenn die Regierung ähnlich beim nächsten sektoriellen Plan betreffend die Straßenbauprojekte vorgehen würde. BürgerInnen und Gemeinden ihrer Rechte entheben - ohne weitsichtige Planung. Auszüge aus der Stellungnahme des Mouvement Ecologique.

Grundsätzlich begrüßt der Mouvement Ecologique, dass endlich ein derartiger sektorieller Plan erstellt werden soll. In der Tat ist er längstens überfällig. Auch unterstützt der Mouvement Ecologique das "principe de proximité", d.h. dass Deponien dezentral angelegt werden sollen. Es wäre begrüßenswert, wenn dieses Prinzip auch in anderen Bereichen stärker angewandt werden würde (z.B. Dezentralisierung der staatlichen Verwaltungen). (...) Es bleiben grundlegende Schwachstelle des Projektes zu kommentieren.

## 1. Die Grundsatzfrage: Die Funktion eines sektoriellen Planes aus rechtlicher Sicht

Nachdem nunmehr eine Reihe von sektoriellen Plänen vorgelegt wurden, ist es nach Ansicht des Mouvement Ecologique von eminenter Bedeutung, noch einmal der Funktion dieser Pläne bewusst zu werden, so wie sie im Gesetz festgeschrieben ist.

Es geht bei einem sektoriellen Plan nicht nur darum, bestehende Anlagen / Installationen festzuschreiben und für weitere Anlagen lediglich allgemeine Kriterien aufzulisten, so wie dies derzeit beim sektoriellen Plan für Mobilfunkantennen oder aber beim vorliegenden für Bauschuttdeponien vorgesehen ist.

Es ist nämlich nicht prioritäre Funktion eines sektoriellen Planes, Leitlinien für die Entwicklung in einem Bereich festzuschreiben. Nein, gerade die detaillierte räumliche Darstellung ist oberstes Ziel des sektoriellen Planes.

Es geht darum, aufgrund einer Kriterienliste festzulegen, welche genauen Installationen an welchem genauem Standort in den nächsten 5-10 oder 20 Jahren errichtet werden sollen. Gerade diese genaue räumliche Festlegung ist

doch die Funktion eines sektoriellen Planes, und nicht die Beschreibung allgemeiner Rahmenbedingungen! Beim sektoriellen Plan für Lyzeen wurde ja auch entsprechend verfahren. Man stelle sich vor, in Zukunft würde ein sektorieller Plan "Transport" erstellt, in welchem nicht die geplanten Infrastrukturprojekte genau eingezeichnet sind, sondern es würden lediglich Leitlinien für den Ausbau des Schienen- bzw. Straßennetzes aufgelistet? Oder aber keine Aktivitätszonen definiert, sondern nur weitere Kriterien ... Somit würde der sektorielle Plan seine Bedeutung verlieren... es sei denn, es ginge nicht darum, Tacheles zu reden, sondern lediglich die Gemeinden ihrer Kompetenzen zu entheben.

Der Mouvement Ecologique besteht deshalb weiterhin darauf - wie beim Dossier der Mobilfunkantennen -, dass ein sektorieller Plan nur dann verabschiedet werden kann, wenn auch die geplanten Projekte räumlich festgelegt wurden.

## 2. Unerlässlich: Die Einbindung der Abgeordnetenkommission

Die sogenannten 'Plans directeurs sectoriels' haben eine weitreichende nationalpolitische Bedeutung: über die direkt betroffenen Sektoren hinaus (hier: Bauwesen) sind ebenfalls die Landesplanung sowie andere Politikbereiche (hier: Verkehr, Naturschutz,...) direkt betroffen.

Zum Anderen wird den Plänen das Statut des 'öffentlichen Nutzen' zuerkannt, dies mit weitreichenden Konsequenzen ('droit de propriété' u.a.). Der 'Mouvement Ecologique' erachtet deshalb die direkte Einbeziehung des Parlamentes bzw. der zuständigen Kommission als unerlässlich, damit dieser Plan die notwendige Legitimation erhält, auch wenn dies in der Prozedur des Landesplanungsgesetzes (21. Mai 1999) nicht explizit vorgesehen ist.

Entsprechend sollte jeder Entwurf eines sektoriellen Planes Gegenstand einer Diskussion zumindest in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission sein.

## 3. Kurzanalyse des sektoriellen Planes betreffend Bauschuttdeponien:

### 3.1. Priorität der Abfallvermeidung - das Deponieren von Bauschutt darf gemäß Abfallgesetz erst als letztes Instrument gelten!

Das Abfallgesetz schreibt in aller Deutlichkeit vor, dass

- einerseits regelrechte Abfallwirtschaftspläne für die verschiedenen Abfallarten erstellt werden müssen und
- andererseits eine Priorität auf der Vermeidung - und in zweiter Phase auf der Verwertung liegen sollen.

Diese Hierarchie wird erneut nicht respektiert - auch gibt es keinen Plan für die "Bewirtschaftung" des anfallenden Bauschutts.

De facto wird somit das Pferd erneut - aufgrund eines vermeintlichen Bedarfes - auf der Ebene der Deponien - von hinten aufgesattelt.

Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck darauf, dass vorrangig:

- ein regelrechter Abfallwirtschaftsplan für den Bereich Bauschutt erstellt wird (erste gute Ansätze und Instrumente gibt es)
- und somit die Priorität auf die Abfallvermeidung gelegt wird.

Die Regierungsseite selbst hat in ihrem "plan national de gestion des déchets" vom Dezember 2000 Instrumente benannt, die in einem derartigen Plan verankert werden sollten.

Nicht tragbar ist auch die Tatsache, dass gemäß Autoren dieser Pläne nur begrenzt objektive Daten verfügbar seien, da nicht gewusst ist, wie viel Bauschutt in Luxemburg tatsächlich anfällt ... Hier müsste endlich Remedur geschaffen werden und die notwendigen Statistiken erstellt werden. (...)

### 3.2. Kriterienliste für Standortwahl - gute, aber unzureichende Basis

Positiv ist die Tatsache, dass endlich eine Kriterienliste erstellt wird, aufgrund welcher die Standorte für Bauschuttdeponien ausgewählt werden. Allerdings setzt sich der Mouvement Ecologique konsequent dafür ein, dass bestimmte "Standortfaktoren" nicht nur in eine negative Bewertung einfließen, sondern ein Ausschlusskriterium für einen Standort darstellen. Hierzu gehören, neben den Quellschutzgebieten (Klasse I), u.a. auch Naturschutzgebiete; Gebiete, die gemäß Habitat- und Vogelschutzdirektive als besonders wertvoll anzusehen sind, sowie Standorte, bei welchen zu starker Verkehr durch angrenzende Wohngebiete geleitet wird. Die Kriterienliste müsste entsprechend überarbeitet werden.

### 3.3. Der "plan sectoriel"-Entwurf verletzt die Bestimmungen des Landesplanungsgesetzes

In seiner aktuellen Form ist der sektorielle Plan nicht gesetzeskonform. Hier wird in der Tat eine Vorgehensweise wiederholt, die Maitre Marc Elvinger in aller Deutlichkeit in seinem Gutachten zum sektoriellen Plan für Mobilfunk, als konträr zu geltendem Recht angeprangert hat.

Das Landesplanungsgesetz von 1999 sieht in der Tat in Artikel 7 vor, dass

*"Le programme directeur est précisé et rendu opérationnel ... par des plans directeurs qui comportent une partie écrite et une partie graphique."*

Dies bedeutet ohne Wenn und Aber: bei der Verabschiedung eines sektoriellen Planes können nur die Standorte genehmigt werden, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung auch graphisch im Plan dargestellt sind. Im vorliegenden Entwurf ist aber ein Artikel vorgesehen, dass mittels dieses sektoriellen Planes auch weitere - noch nicht bekannte - Deponien gebaut werden können ("Emplacement de décharges pour déchets inertes"). Das widerspricht flagrant dem Gesetz von 1999. Dies ist umso gravierender als in Artikel 4 die Gemeinden ihrer Kompetenzen entmündigt werden - sie können lediglich noch eine Stellungnahme abgeben bzw. werden über die staatliche Vorgehensweise informiert.



Anstatt die sogenannten sektoriellen Pläne dafür zu nutzen, konkrete Standorte für Anlagen, sei es GSM-Antennen oder aber missbraucht, Gemeinden ihrer Kompetenzen und Bürger ihrer R Planungen auf den Tisch zu legen - das alleinige Sagen haben. BürgerInnen würden wohl verschiedene Anlagen durchaus als n gespielt würde. Wenn aber Bürgermeister z.B. nur noch die Fart mundtot gemacht werden, darf man sich nicht wundern, wenn

Die Gemeinden verfügen über die Raumhoheit in ihrer Gemeinde - diese kann nur dann aufgehoben werden, wenn in einem sektoriellen Plan präzise Standorte bekannt sind. Dies ist hier nicht der Fall! Insofern widerspricht der Entwurf den Vorgaben des Gesetzes, so M. Elvinger.

Das Innenministerium sieht dies wohl anders: auch beim Plan für Mobilfunk argumentierte es, es wäre nun einmal schwierig ("non réaliste" bzw. "non pertinent") einen graphischen Plan mit den zukünftigen Standorten zu erstellen, da man noch nicht wisse, wo Antennen implantiert werden ... Was ist dann Ziel und Zweck dieses sektoriellen Planes? Skeptische Beobachter gewinnen den Eindruck, es ginge einzig und alleine darum, die Gemeinden jedweder Kompetenzen und Mitsprache zu berauben, da der Entwurf vorsieht, alle Standorte müssten de facto genehmigt werden.

M. Elvinger führt in der Stellungnahme betreffend die GSM-Antennen an (und dies trifft auch auf den vorliegenden Planentwurf zu den Bauschuttdeponien zu), dass - falls die Erstellung eines derartigen graphischen Planes ein Problem darstelle, was nachvollziehbar wäre - die Antwort nicht darin liegen könne, die Vorgaben des Gesetzes von 1999 zu missachten. Vielmehr wäre dann das Instrument der sektoriellen Pläne nicht das geeignete: *"Plutôt, cependant, que d'en conclure que le gouvernement est alors dispensé d'élaborer une partie graphique qui, d'après la loi de 1999, constitue un élément à*

## Schlussfolgerung:

Wenn diese Praxis in der Tat weiter Schule machen würde, gesamte Bebauung ("plan sectoriel logement"), den gesamt umsetzen, und den Gemeinden ihrer Kompetenzen enthebel Tatsache, dass der Planentwurf, wie dargelegt, nicht gesetz Auseinandersetzungen über Standorte, Klägern von vornher nicht gegeben ist!

Der Mouvement Ecologique spricht sich entsprechend gegen und drängt in aller Form auf:

- die Erstellung eines Abfallwirtschaftsplanes für d
- die Erstellung eines sektoriellen Planes für Bausc
- subsidiarisch die integrale Streichung von Artikel

# Clausen - auf den Spuren Mansfelds

Weit über 150 Personen nahmen an der Wanderung auf den Spuren Mansfelds am 8. Juni unter der Führung von Marc Schoellen und Roger Schauls teil. Gärten, Schloss, Wildpark ... während der Führung erhielt man einen interessanten Einblick in diese palastartige Anlage. Nach einem vierhundertjährigem Verfall hat nun die archaologische Spurensuche begonnen und sensationelle Funde wurden ans Tageslicht gefördert. Die Anlage dürfte den Mouvement Ecologique in Zukunft noch weiter beschäftigen, denn eine Schule ist am Standort geplant und der Erhalt dieses einmaligen Gutes gefährdet. In den kommenden Wochen werden Gespräche zum Thema geführt, u.a. mit der Gemeinde. Demnach: affaire à suivre!



unkonkrete Konzepte für die Zukunft zu entwickeln - d.h. über Bauschuttdeponien vorzuschlagen - werden sie dazu Rechte zu enthebeln. Der Staat möchte - ohne die ... Diese Vorgehensweise ist verheerend: denn die ... notwendig erachten, wenn denn mit offenen Karten ... be der GSM-Antennen bestimmen dürfen und ansonsten ... die Regierungsprojekte kritisch hinterfragt werden.

*mon sens essentiel) de tout plan sectoriel, il faudrait en conclure que la loi de 1999 ne constitue pas, dans sa teneur actuelle, un instrument utile permettant l'édiction d'un plan directeur sectoriel dans la matière concernée.*

*C'est parce que le projet de règlement grand-ducal ne comporte pas de partie graphique telle que prévue par la loi, qu'il comporte un article 5 qui n'a d'autre prétention que de modifier, d'un trait de plume, tous les plans d'aménagement communaux, non pas moyennant la délimitation de sites bien définis appelés à accueillir des installations d'un certain type, mais en légalisant l'implantation de telles installations sur l'ensemble du territoire national aux seules conditions définies à l'article 5 du projet de règlement grand-ducal (sans préjudice cependant à la nécessité de bénéficier, par ailleurs, de l'autorisation requise par application de la législation commo-incommo).*

Je considère, pour ma part, qu'en sa teneur actuelle, ce projet de plan directeur sectoriel est illégal car non conforme aux exigences de la loi de 1999 qui lui sert de base légale en ce qu'il ne comporte pas de partie graphique telle que prévue par la loi (carence à laquelle le projet prétend pallier moyennant des dispositions de la partie écrite qui, à mon avis, ne rentrent pas dans les prévisions de la loi de 1999)."

Der Mouvement Ecologique stellt sich entsprechend kategorisch gegen die Vorgehensweise des Innenministeriums.

dann könnte der Staat mittels sektorieller Pläne die ... ten Transportbereich ("plan sectoriel transport") u.a.m. ... In! Dies ist nicht legitim! Im übrigen dürfte die ... Reskonform ist, in eventuellen gerichtlichen ... rein Recht geben, so dass eine politische Effizienz

den sektoriellen Plan in der vorliegenden Form aus

den Bereich Bauschutt ... schutt, welcher dem Geist von 1999 entspricht ... 4 des Reglements.



De Mouvement Ecologique an d'Stëftung  
Öko-Fonds wënschen alle Memberen a Frenn  
eng schein Vakanz! E besje Summer an alles  
wat Freed mescht.



Och "am Pafendall" gett Vakanz gemaach. D'Büroen sinn  
zou vum 26. Juli bis den 17. August.



## Natur- und Landschaftsschutz: weiterhin Fremdworte für die Flurneuordnung (Remembrement) in Luxemburg...

Doch eine aus ökonomischer Sicht korrekt durchgeführte Felder-zusammenlegung kann absolut verheerend aus Naturschutzsicht sein, wenn dadurch die Vernetzung der Biotope in der Landschaft in Frage gestellt wird. Hecken, Brachestreifen, Wiesenraine, Feuchtwiesen / -gebiete, ganze Gruppen von Obstbäumen und andere wichtige Elemente verschwinden aus der Landschaft, werden isoliert oder in weniger "störende" Ecken "verlegt". So verlieren Tiere und Pflanzen ihre letzten Rückzugsgebiete in einer durch die landwirtschaftliche Industrialisierung ohnehin bereits weitgehend ausgeräumten Landschaft. Maschinengerechte, strukturelle, monotone Kultursteppen

ersetzen die ehemals vielgestaltige, unverwechselbare, im Laufe von Jahrhunderten entstandene Kulturlandschaft.

Einwände des Naturschutzdienstes der Forstverwaltung oder der Naturschutzorganisationen gegen diese einseitig auf wirtschaftliche Rentabilität ausgerichtete "Remembrements" werden regelmäßig mit dem Hinweis auf ein paar "umgepflanzte" Hecken oder neu angelegte Tümpel zurückgewiesen. Diese können jedoch nie eine vernetzte natürliche Landschaft ersetzen.

Allein in dieser Legislaturperiode prangerten die Naturschützer mehrmals öffentlich massive Fehlentwicklungen bei "Remembrements" an. "Herausragend" war diejenige in Flaxweiler mit massiver Biotopzerstörung (2000), wobei nicht einmal adäquate Kompensierungen vorgesehen wurden. Problematisch war auch das Dossier "Kolteschlach" (Schwebsingen), wo mit Erdbewegungen großen Umfangs die Landschaft

umgestaltet wurde. Die Genehmigung dafür wurde trotz Einwänden von Naturschutzseite erteilt - wobei der Minister jedoch formal zusicherte, in Zukunft müsse bei Flurbereinigungsprojekten eine Impaktstudie seitens unabhängiger Fachleute - wie sie das Gesetz vorschreibt! - erstellt werden.

Im Falle der anscheinend 2,5 Millionen teuren Flurbereinigung Mompach-Herborn darf die Wirtschaftlichkeit angezweifelt werden. In der Tat wäre mit dieser Summe eine nachhaltige, also ökonomische und ökologische, Flurneuordnung möglich gewesen, durch die Nutzung der im Biodiversitätsreglement definierten Aufgaben im Sinne einer umweltgerechten Landwirtschaft. Dies wäre sowohl den Landwirten wie auch der Landschaft von Nutzen gewesen.

All diesen Fallbeispielen haftet das gleiche Problem an: eine Studie über den Zustand der natürlichen Umwelt und den Impakt der geplanten Projekte seitens einer unabhängigen Stelle gibt es nicht - Naturschutzaspekte werden kaum berücksichtigt - das Umweltministerium wird nur unzureichend eingebunden: Der Forstverwaltung werden die Dossiers erst zugestellt, wenn die Prozeduren schon weit fortgeschritten sind.

Auch musste man in der Vergangenheit öfter feststellen, dass "im Eifer des Gefechtes" begangene Eingriffe, die eigentlich einer Genehmigung bedürftig hätten und demnach "illegal" waren, nachträglich genehmigt wurden.

Ein ähnliches Fallbeispiel bahnt sich gerade jetzt wieder an: die Waldflurneuordnung in Tarchamps. Auch hier wurde wieder nicht korrekt verfahren, also ohne vorausgehende unabhängige Impaktstudie, ohne ausreichende Berücksichtigung von Naturschutzaspekten (Beispiel: neue Wege z.B. durch ein Feuchtgebiet).

Besitzer werden einzeln "bearbeitet", um deren Zustimmung zu erreichen u.a.m. Auch das Umweltministerium wurde nicht im notwendigen Maß eingebunden. Zitiert sei ein Auszug aus einem Brief des "Conseil Supérieur de la Nature" an den Umweltminister, in dem angeprangert wird, dass das ONR dieses Projekt initiiert habe: "... sans préconcertation officielle avec les services du Ministère de l'Environnement."

Die "Lëtzeburger Natur- a Vulleschutzliga" sowie der "Mouvement Ecologique" befürchten, dass hier erneut vollendete Tatsachen geschaffen und durch ein rein wirtschaftlich orientiertes "Remembrement" Landschaft und Wald auf unzulässige Art und Weise zerstört werden.

Die "Lëtzeburger Natur- a Vulleschutzliga" sowie der "Mouvement Ecologique" erwarten vom Umwelt- bzw. Landwirtschaftsminister, dass:

- ein Moratorium für das Dossier Tarchamps ausgesprochen und bis auf weiteres keine Genehmigung erteilt wird;
- umgehend eine Debatte über die Vorgehensweise bei der Flurbereinigung geführt wird und ggf. die Gesetze im Sinne eines "remembrement écologique" reformiert werden;
- bei solchen Projekten im Vorfeld die gesetzlich vorgeschriebene Impaktstudie von einem unabhängigen, nicht in die Planung oder die Umsetzung implizierten Studienbüro erstellt wird.

*Lëtzeburger Natur- a Vulleschutzliga  
Mouvement Ecologique*

Allzu oft mussten sich die Naturschutzorganisationen bereits mit den mehr als zweifelhaften Vorgehensweisen des "Office National du Remembrement" (O.N.R.) befassen. Erneut bezogen nunmehr Luxemburger Vogelschutzliga und Mouvement Ecologique Stellung in einem problematischen Dossier.

Diese Verwaltung hat als Aufgabe, durch eine Umverteilung der landwirtschaftlichen Flächen auf die einzelnen Betriebe eine einfachere Bewirtschaftung und eine bessere Wirtschaftlichkeit zu ermöglichen. Natürlich ist dazu die Einwilligung der Landbesitzer erforderlich. Problematisch ist aber, dass, gemäß Gesetz, bereits das Nichterscheinen zu einer vom O.N.R. einberufenen Versammlung als "Einwilligung" ausgelegt wird!

## Ronderëm d'"Härtcheslay": En Tour vun Aallënster op Kéideng a Weyer am Iernzdall

Weit mehr als 150 Teilnehmer hatten sich am Sonntag den 20. Juni zu einer Wanderung von Altlinster über die Härtcheslay in den Koedinger Brill eingefunden, zu der der Mouvement Ecologique eingeladen hatte. Im Norden dieser Ortschaft erstrecken sich entlang der Weißen Ernz nasse Mähwiesen, Niedermoore, und Röhrichte, welche in ihrer Ausdehnung und Zusammensetzung absoluten Seltenheitswert haben. Zahlreiche hochgradig gefährdete Pflanzen, wie Kleine Schwarzwurzel, Sumpflausekraut, u.a. sind auf diese extrem nährstoffarmen, nassen Standorte angewiesen - ebenso wie viele seltene Tierarten. Diese Lebensgemeinschaften sind letzte Zeugen einer seit Jahrtausend anhaltenden landwirtschaftlichen Nutzung und mithin als ein gemeinsames Erbe unserer Kulturlandschaft zu betrachten. Die Habitatdirektive trägt diesem Umstand Rechnung und die Luxemburger Regierung hat die Verantwortung für den Schutz dieses einzigartigen Kulturgutes. Neben diesen natürlichen "High-lights" war auch der in Restaurierung befindliche Felsen (Lay) der Härtchen mit seinen aus der gallorömischen Zeit stammenden Reliefs ein Höhepunkt des Ausflugs. Wenn sich auch deren ursprüngliche Bedeutung in der Zeit verliert, so lassen sie entsprechend mehr Raum für vielfältige Erklärungsversuche zu. Entlang der impressionanten Felsenkulisse rundum Weyer führte die Wanderung durch die sanft gewellte Keuperlandschaft zurück zum Ausgangspunkt in Altlinster.



# Die Zeit der erneuerbaren Energien hat weltweit begonnen - Internationale Konferenz für erneuerbare Energie in Bonn 1.-4.Juni 2004

Ein Vertreter vom Klimabündnis Letzeberg sowie vom Mouvement Ecologique nahm rezent an der für die Zukunft prägenden Konferenz zu den erneuerbaren Energien teil. Im folgenden ein Stimmungsbild sowie die offizielle Stellungnahme des Mouvement Ecologique.

Für die weltweite Anwendung der erneuerbaren Energien hat die Konferenz in Bonn deutliche Zeichen gesetzt. Mehr als 2000 Vertreter aus 154 Staaten, aus der Wirtschaft, den Finanzen und den Nichtregierungsorganisationen diskutierten und bereiteten die Ausbreitung der erneuerbaren Energien weltweit vor. Vor allem die Regierungen zahlreicher Entwicklungsländer sehen die erneuerbaren Energien als Chance, die Armut in ihren Ländern zu bekämpfen. Dies haben ebenfalls die Wirtschaftsverbände erkannt und umwarben in Bonn die Entwicklungsländer mit Projekten. Vor allem Deutschland hat diese positive Stimmung für den Export erneuerbarer Energietechnik erkannt und unterstützt durch bilaterale Abkommen diese Entwicklung. Bereits mehr als 120.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland mit den erneuerbaren Energien verbunden, Tendenz steigend. (...)

Zur Zeit werden lediglich etwa 13,5 % des weltweiten Energiebedarfs durch erneuerbare Energien - vor allem durch Biomasse (80%) - gedeckt. Dabei ist die Verbrennung von Holz zu Kochwecken in Afrika und Asien aus gesundheitlichen Gründen sehr problematisch. Der Anteil erneuerbarer Energien soll, gemäß Teilnehmern, in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden. Um dies zu erreichen, sollen die politischen Rahmenbedingungen verbessert werden, ein internationaler Fonds und eine Agentur für erneuerbare Energien eingerichtet werden, staatliche Subventionen in allen Ländern entstehen.

## "Wir fordern den Ausstieg aus der Finanzierung von Kohle und Erdöl"

Diese Aussage wird mittlerweile nicht mehr nur von Umweltschützern gemacht. Der ehemalige indonesische Umweltminister Emil Salim hat in seinem rezenten Bericht die Investitionspolitik der WELTBANK auf die nachhaltige Entwicklung durchleuchtet und kommt zu der Schlussfolgerung, dass, anstatt die fossilen Brennstoffe zu fördern, es wesentlich besser wäre in erneuerbare Energien zu investieren (mehr dazu auf der homepage der Weltbank: [www.eireview.org](http://www.eireview.org) und [www.eireview.info](http://www.eireview.info)). Obwohl die Weltbank in Bonn angekündigt hat, ihre Investitionen in erneuerbare Energien bis 2010 zu verdoppeln, bleiben die Umweltschützer skeptisch. Die derzeitigen 200 Millionen stellen in der Tat nur einen Bruchteil der Gesamtinvestitionen der Weltbank dar. Salim hat bis 2010 den Ausstieg aus der Finanzierung von fossilen Energien gefordert. Auch die Europäische Investitionsbank muss sich eine ähnliche Kritik gefallen lassen.

## Indigene und erneuerbare Energien

Jedoch wird der Ausbau erneuerbarer Energien nicht in jedem Fall positiv bewertet. Sicherlich ist es für verschiedene aufstrebende Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien

unbedingt notwendig, vor allem auf die erneuerbaren Energien zu setzen. Verheerend wären in der Tat die Auswirkungen auf das Weltklima, wenn in diesen Ländern die Energiebedürfnisse im Verkehrsbereich z.B. durch fossile Energie gedeckt werden müssten. Jedoch sind die Bedingungen in vielen ärmeren Entwicklungsländern grundlegend verschieden als in den Ländern des Nordens. Ist die Solarenergie in Afrika sinnvoll eingesetzt, wenn damit einige tausend neue Fernseher betrieben werden können? Bedeuten große Energieprojekte tatsächlich einen Gewinn für die lokale Bevölkerung? Werden durch solche Projekte nicht lediglich undemokratische Systeme gestärkt? ... so Fragen, die von den Indigenen Völkern aufgeworfen wurden (siehe nebenstehend). Umstritten sind vor allem große Wasserkraftwerke, wie z.B. der 3 Schluchtenstaudamm am Jangtse in China).

## Erneuerbare Energien = Friedenspolitik mit anderen Mitteln

Die rezenten Konflikte wegen der fossilen Energiequellen haften den Diskussionen an. Daher bleibt ungeachtet der genannten Bedenken die Herausforderung im Vordergrund, nicht weiter auf Erdöl zu setzen, sondern eine sicherere Welt durch erneuerbare Energien zu gewährleisten, so die einmütige Schlussfolgerung der Teilnehmer an der Konferenz

- Der Mouvement Ecologique wertet die Konferenz, nicht zuletzt da auch in unserem Land Diskussionen über die Preise des Erdöls ausgebrannt sind, als entscheidendes Signal in Richtung einer Energiewende. Doch trotz Ansätzen in Luxemburg, ist unser Land noch weit davon entfernt, seine Potenziale und Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich zufriedenstellend auszuschöpfen. Die Konferenz zeigt u.a. auf, dass:
  - eine Strategie in Luxemburg erforderlich ist, wie unser Land grundsätzlich diesem zukunftsweisenden Markt begegnen will:
  - \* wie kann verstärkt die Ansiedlung von (Produktions-) Betrieben im Bereich erneuerbarer Energien auch in Luxemburg gewährleistet werden, welche Handelsabkommen können des Weiteren geschlossen werden?
  - \* welche Arbeitsplatzpotenziale und volkswirtschaftlichen Vorteile liegen in einem Ausbau auch der direkten Produktion von Anlagen im Bereich erneuerbare Energien?
  - sich eine Diskussion über die Orientierung des Finanzplatzes Luxemburg in Richtung erneuerbare Energien aufdrängt: inwiefern können auch diese, z.B. über die Schaffung spezifischer Fonds, eine pro-aktive Rolle übernehmen? Die Europäische Investitionsbank mit Sitz in Luxemburg muss ihre Investitionspolitik den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung anpassen. Zur Zeit investiert die EIB in erster Linie in fossile Energieträger, in entsprechende Infrastrukturen sowie in den Straßenbau.
  - eine weitgehende Potenzialanalyse durchgeführt werden muss, wo in Luxemburg noch Ausbaumöglichkeiten für Erneuerbare bestehen (eine derartige Analyse gibt es nicht, die Initiative hängt vom Willen von Privatpersonen / Gemeinden ab, hier ist eine gezieltere staatliche Politik erforderlich).



## Erklärung der indigenen Völker zur internationalen Konferenz

Im Rahmen der Konferenz verfassten auch die Vertreter der indigenen Völker eine Resolution, die im folgenden integral veröffentlicht wird.

*Verehrte Vertreter der Staaten und Teilnehmer der Konferenz:*

*Wir, die indigenen Völker, zählen weltweit 350 Millionen Menschen und unsere Territorien umfassen die unterschiedlichsten Ökosysteme, die unser Überleben und das der Menschheit sichern. Deshalb hat der hohe Verbrauch fossiler Energien und die daraus resultierenden Folgen des Klimawandels direkte Auswirkungen auf unser Leben.*

*Wir, die indigenen Völker, sind in hohem Maße darüber besorgt und enttäuscht, dass wir von der Konferenz ausgeschlossen wurden und man uns als indigene Völker eine volle und umfassende Teilnahme auf allen Ebenen verweigert hat. Diese Marginalisierung widerspricht den internationalen Instrumenten, die auf der UNCED-Konferenz in Rio 1992 vereinbart wurden, sowie anderen internationalen Prozessen, wie dem Johannesburg-Gipfel, wo wir als wichtige Gruppe anerkannt wurden, einschließlich des Rechtes auf vollständige Teilnahme in den nationalen und internationalen Umweltdiskussionen und in anderen Entscheidungsprozessen. Wie bestehen*

*deshalb gegenüber dem Sekretariat dieser Konferenz darauf, dass die indigenen Völker als Gruppe innerhalb der Konferenz mit vollberechtigten Delegierten anerkannt werden.*

*Wir, die indigenen Völker, verfolgen aufmerksam die staatlichen Initiativen zur Förderung der erneuerbaren Energien als Alternative zu den fossilen Energietechnologien, die für die Verletzung unserer Menschenrechte und der Beeinträchtigung unserer Umwelt verantwortlich sind. In diesem Sinne unterstützen wir die Initiativen, die den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern suchen, sofern sie für indigene Völker vorteilhaft sind und umfassend unsere Rechte respektieren.*

*Wir möchten die Industriestaaten daran erinnern, dass sie für 75 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich zeichnen und dass sie die politische, wirtschaftliche und moralische Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern und spezielle Verantwortung gegenüber den indigenen Völkern haben, die Folgen des Klimawandels zu mindern, die Menschenrechte zu achten und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.*

*Wir möchten unsere Gesichtspunkte zur Berücksichtigung der Politischen Erklärung und des Internationalen Aktionsprogramms im Rahmen dieser Konferenz vorlegen:*

- Die indigenen Völker haben als wichtige Gruppe Teilnahmerechte innerhalb des Konferenzgeschehens und der dazugehörigen Veranstaltungen, wie dies auf internationaler Ebene anerkannt ist, und in der Agenda 21 und den Übereinkommen über die biologische Vielfalt und zum Klimawandel sowie in anderen internationalen Prozessen niedergelegt ist.
- Die Industriestaaten sind verpflichtet, ihren hohen Konsum von fossilen Energieträgern verbindlich zu mindern, der die Hauptquelle der Erderwärmung darstellt.
- Die Staaten müssen sicherstellen, dass der Ausbau von alternativen Technologien nicht zur Ausweitung der Armut unter den Indigenen führt und eine neue Form der Kolonisierung unserer Territorien bedeutet.
- Die Staaten müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien die Rechte der indigenen Völker wahren, wie sie in der Übereinkunft 169 der ILO über indigene Völker erhalten sind sowie in anderen internationalen Umwelt- und Menschenrechtsinstrumenten sowie im Entwurf der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker, besonders bezogen auf die freie und vorherige informierte Zustimmung.
- Wir indigenen Völker wollen deutlich machen, dass unsere Kulturen, Weltansicht und Lebensstile

- eng mit unserem Überleben und der Entwicklung unserer Völker zusammenhängen und dass die Einführung von erneuerbaren Energietechnologien unsere Lebensweise nicht ändern soll.*
- Im Fall, wo erneuerbare Energieprojekte auf den Territorien der indigenen Völker durchgeführt werden, muss ihre freie und vorherige informierte Zustimmung, eine Umwelt- und Kulturverträglichkeitsprüfung sowie eine faire Teilhabe des Nutzens garantiert sein.
- Verfasst in der Stadt Bonn, am 1. Juni 2004 und unterzeichnet von:
  - Soraya Cisneros, Ecuador, Gemeinde von Sarayaku
  - Hector Huertas, Panama, Weltallianz der indigenen und in Stämmen lebenden Völker der Tropenwälder
  - Yusuf Alia Lakicha und Daniel Salau Rogei, Kenia, Simba Maasai Organisation für landliche Entwicklung
  - Herman Mendoza, Kolumbien, Organisation der indigenen Völker des kolumbianischen Amazonasgebietes
  - Edwin Vasquez, Peru Koordination der Indigenenorganisation des Amazonasbeckens

